

Informationsblatt

zum Bürgerentscheid am 09.09.2007 in der Stadt Mülheim an der Ruhr

**Sehr geehrte Bürgerin,
sehr geehrter Bürger,**

am 09.09.2007 wird in der Stadt Mülheim an der Ruhr ein Bürgerentscheid durchgeführt.
Gegenstand der Abstimmung ist die folgende Frage, über die Sie mit "Ja" oder "Nein" abstimmen können:

"Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und / oder deren Betreuung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?"

Dieses Bürgerbegehren wird von den Initiatoren wie folgt begründet:

"Der erfolgreiche Bürgerentscheid vom 27. Februar 2005 untersagte es der Stadt Mülheim, im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile auf Private zu übertragen. Die Stadt ist rein formal nur zwei Jahre an diesen Bürgerentscheid gebunden. Viele Mülheimer/innen haben im Jahre 2005 gegen weitere Privatisierung gestimmt auch wegen der schlechten Erfahrungen bei MEG, SEM, MVG und medl im Bereich von Ver- und Entsorgung. Infrastrukturherstellung ist Daseinsvorsorge. Deshalb widerspricht die geplante Übertragung von Anteilen der Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) auf Private dem Bürgerentscheid aus 2005. Die RPG soll die Erschließung der Flächen des neuen Stadtquartiers an der geplanten Ruhrpromenade durchführen. Demnächst sollen außerdem etliche Schulgebäude als sog. PPP bzw. ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) privaten Firmen übergeben und von ihnen betrieben werden. Die Stadt mietet dabei langfristig (25 Jahre und mehr) praktisch die eigenen Gebäude für ihre Pflichtaufgaben an. Kindergärten, städtische Altersheime, Straßen usw. könnten die nächsten ÖPP-Projekte sein. Bisherige PPP-Beispiele – Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, Schulzentrum Frankfurt-Ostend, Hamburger Krankenhäuser u.v.m. – haben sich als folgenschwere Irrwege erwiesen: Transparenz geht verloren und demokratische Kontrolle wird ausgehebelt! Langfristige Verschuldung wird zementiert – auf Kosten unserer Kinder und Enkel! Konflikte und überteuerter Rückkauf sind häufig vorprogrammiert!

Arbeitnehmer in PPP-Projekten müssen mit weiterer Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzabbau und Absenkung bisheriger Standards rechnen. Die Ratsbeschlüsse zu PPP beim geplanten Medienhaus Viktoriaplatz und zur Sanierung von 6 Schulen mit nur einer ÖPP-Firma (Berufskolleg Kluse, Karl-Ziegler-Gymnasium, Willy-Brandt-Gesamtschule, Grundschule Augustastraße, Luisenschule, Gymnasium Broich Nebengebäude) sind juristisch von diesem Bürgerbegehren nicht mehr betroffen, weil die zugehörigen Ratsbeschlüsse mehr als drei Monate zurückliegen."

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr hat das Bürgerbegehren in seiner Sitzung am 14.06.2007 durch einstimmigen Beschluss für zulässig erklärt.

Beschlusstext: "Der Rat der Stadt stellte fest, dass das Bürgerbegehren „Mülheim bleibt unser“ vom 08.05.2007 zulässig ist."

Gleichzeitig entsprach der Rat dem Bürgerbegehren **nicht**. Dieser Beschluss erfolgte mehrheitlich:

Ablehnung:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 20 Mitglieder)
CDU-Fraktion im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 17 Mitglieder)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 5 Mitglieder)
FDP-Fraktion im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 3 Mitglieder)

Zustimmung:

MBI-Fraktion im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 5 Mitglieder)
Fraktion WIR AUS Mülheim im Rat der Stadt	(Fraktionsstärke: 2 Mitglieder)

Beschlusstext: "Der Rat der Stadt entsprach dem Bürgerbegehren nicht und legte den Tag der Abstimmung des Bürgerentscheides auf den 09.09.2007."

Auf den nächsten Seiten finden Sie zum anstehenden Bürgerentscheid kurze Stellungnahmen der Vertreter des Bürgerbegehrens, der Ratsfraktionen, die dem Bürgerbegehren zugestimmt haben sowie der Ratsfraktionen, die das Bürgerbegehren abgelehnt haben und die Stimmempfehlung der Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr, Frau Dagmar Mühlenfeld.

Mülheim an der Ruhr, im Juli 2007



Stellungnahme der Initiatoren des Bürgerbegehrens:

Mülheim gehört uns - Stop den weiteren Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein

Die Diskussion über die Privatisierung öffentlichen Eigentums und über PPP bzw. ÖPP - Modelle (öffentliche private Partnerschaft) kann nicht getrennt geführt werden. Privatwirtschaftliche, auf Gewinn orientierte Interessen gehören zu beiden Optionen.

Das geplante Medienhaus soll z.B. in einer solchen ÖPP gebaut werden. Die Stadt verpflichtet sich auf 25 Jahre mit Widerspruchsverzicht („Forfaitierung mit Einredeverzicht“), einen regelmäßigen Festbetrag bei der Bank zu zahlen. Was geschieht etwa, wenn eventuelle Fehlplanungen neue Kosten verursachen?

Ein weiteres Beispiel ist die Ruhrbania- Entwicklungsgesellschaft. Über Jahre glaubte die Öffentlichkeit, die Baureifmachung der Promenadengrundstücke werde von einer privaten Firma vorfinanziert und durch Grundstücksverkäufe sowie Landeszuschüsse würde die Vorfinanzierung später bezahlt. Heute ist bekannt, die Stadt zahlt und haftet alleine und der Partner erhält ein hohes Entgelt für seine Beteiligung am Projektmanagement. Gleichberechtigte Partnerschaft sieht anders aus!

Weitere öffentlich/private Partnerschaften, wie sie im Schulbereich vorgesehen sind, bringen Mülheim/Ruhr keine finanziellen Entlastungen, sie lösen somit auch keine grundsätzlichen Probleme, sondern zementieren die hohe Verschuldung auf Jahrzehnte.

Öffentliches Eigentum ist die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der staatlichen Pflichtaufgaben. Diese dürfen keiner wirtschaftlichen Gewinnerorientierung unterliegen, um dem Gemeinwohl dienen zu können. Wesentliche Aufgabe jeder Kommune ist die Sicherstellung der Daseinsvorsorge für ihre Bürger. Güter und Dienstleistungen müssen grundsätzlich allen zugänglich sein, unabhängig vom Einkommen.

Bei jeder Form der Privatisierung kommunaler Pflichtaufgaben - ob Verkauf ganz bzw. teilweise oder in ÖPP-Modellen – haben wir es nicht nur mit finanziellen, sondern auch mit demokratischen und sozialen Problemen zu tun. Privatisierung und ÖPP – Modelle schwächen die demokratische Struktur einer Stadt. Transparenz und Demokratie sind mit ÖPP kaum noch möglich. Als z.B. die teilprivatisierte medl das Stadtbad verkaufte, wurden Preis und Bedingungen wie Staatsgeheimnisse gehütet mit dem Verweis auf die private GmbH. Als die Kanalbaukosten Friedrich-Ebert-Straße sich explosionsartig mehr als verdoppelten, waren die Gründe nicht zu erforschen mit Hinweis auf das Betriebsgeheimnis der teilprivatisierten SEM. Als sich bei der teilprivatisierten MEG die Schuldenberge auf türmten, wechselten zwar die Geschäftsführer in Serie, mit und ohne hohe Abfindungen, doch selbst Aufsichtsratsmitgliedern wurden nicht alle Unterlagen gezeigt, geschweige denn den gewählten Ratsmitgliedern oder gar den Bürgern, die alles über Steuern und Gebühren zahlen müssen usw.....

In nicht wenigen Gemeinden und Städten in NRW wurde die Privatisierung als Irrweg erkannt. So finden z.B. im Bereich der Abfallbeseitigung schon in einigen Gemeinden Rekommunalisierungen statt, die Stadt Velbert kaufte zu einem überhöhten Preis ihr Rathaus zurück, weil das auf Dauer immer noch kostengünstiger ist als das Festhalten an dem PPP, Gelsenkirchen musste mit riesigen Verlusten das Hans-Sachs-Haus zurückkaufen

Will unsere Stadt aus der hinderlichen Schuldenfalle hinaus kommen, dann nur über eine solide Haushaltsführung, die eine demokratisch entwickelte Prioritätenliste als inhaltliche Arbeitsgrundlage hat und die eine soziale, gerechte und kulturelle Perspektive sichert.

Stimmen Sie am 9. September mit



**für die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids gegen
weitere Privatisierung in Mülheim aus 2005!**

Reinald Schnell
Kuhlenstraße 4
45468 Mülheim

Uwe Tschirner
Postreitweg 8
45472 Mülheim

Lothar Reinhard
Karlsruher Straße 12
45478 Mülheim

Ratsfraktion der MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

Geschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI: ~~☒~~ Ja beim Bürgerentscheid! Gegen weitere Privatisierung!

Unsere Stadt Mülheim ist hoch verschuldet, laufende Ausgaben werden zunehmend über kurzfristige Kassenkredite abgewickelt. Tendenz explodierend! Gleichzeitig liegt Mülheims „Kommunalisierungsgrad“ laut Prognos-Städtevergleich im Ruhrgebiet an allerletzter Stelle! Wir haben als fast einzige Großstadt in Deutschland keine Stadtwerke, Ver- und Entsorgung sind bereits ganz oder teilprivatisiert.

Am 27. Feb. 2005 war der Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung in Mülheim erfolgreich auch wegen der schlechten Erfahrungen bei RWW, MEDL, MEG, SEM, MVG usw.. Beim Weiterverkauf des RWW z.B. hat die Stadt kaum noch Einfluss darauf, ob die RWW-Zentrale in Mülheim bleibt oder nicht.

Das Betreiben von Schulgebäuden durch Private, wie u.a. bei der sog. „Zukunftsschule“ Eppinghofen mit Hochtief geplant, ist auch eine Form der Privatisierung. Im großen Stil will Mülheim demnächst Schulsanierung über ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) durchführen.

ÖPP-Modelle im Schulwesen gefährden das Gemeinwohl!

(Fazit des Privatisierungsreports der GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Wenn mehrere Mülheimer Schulen wie geplant von einer einzigen ÖPP-Firma saniert und von dieser auf 25 Jahre betrieben werden, hat die Stadt sich auch in der Schulentwicklungsplanung langfristig festgelegt. Wer weiß denn, welche der Schulen in 25 Jahren noch gebraucht wird?

Der Präsident der obersten Rechnungshöfe hat gewarnt: „**ÖPP ist keine neue Geldquelle. Mittel- und langfristig ist es ein gefährlicher Weg, da die Finanzlast in die Zukunft verschoben wird**“. Die Hamburger Kliniken, das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, das Schulzentrum Frankfurt-Ostend, die Sporthalle in Oderwitz/Sachsen und viele andere Beispiele haben gezeigt: Die Versprechungen waren falsch, Konflikte sind vorprogrammiert und die Städte zahlen auf Dauer immer drauf.

Nutznieser der „ÖPP – Variante“ sind primär Baukonzerne, Banken und Beraterfirmen. Per „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ zahlt die Stadt 25 oder 30 Jahre an die Kreditbank des ÖPP-Partners - ohne Widerspruchs- und Mietkürzungsrecht bei Insolvenz oder Mängeln!

Zu den Verlierern gehören kleine und mittlere örtliche Bau- und Handwerksbetriebe, da öffentliche Aufträge ausbleiben. Im öffentlichen Dienst sind Arbeitsplatzverdichtung und -verluste wegen der Verschiebung von Angestellten in privatrechtliche ÖPP – Projektgesellschaften vorprogrammiert. **Hauptverlierer sind die Bürger, die alles mit ihren Steuern/Gebühren bezahlen müssen!** ÖPP bindet Haushaltsmittel langfristig und verkleinert damit den Gestaltungsspielraum. Besonders gravierend ist, dass die Amts- und Mandatsinhaber mit PPP/ÖPP öffentliche Angelegenheiten der demokratischen Kontrolle entziehen, damit der Demokratie erheblichen Schaden zufügen und zur Entmündigung der Bürger beitragen.

Natürlich gibt es andere Möglichkeiten, den riesigen Sanierungsstau zu beheben. Genau wie z.B. in Düsseldorf müssten wir einen Sanierungsplan für Schulen aufstellen, mit dem innerhalb von 15 Jahren alle Gebäude saniert werden und der im Haushalt oberste Priorität hat - auch und besonders vor Ruhrbania!! Wie bei jeder Eigentümergemeinschaft muss endlich ein Rücklagenkonto für Gebäudeinstandhaltung angelegt werden.

Privatisierung städtischer Pflichtaufgaben ist ein Irrweg!

Nicht gegen die Bürger entscheiden, sondern mit ihnen die besseren Lösungen suchen!

Neun gute Gründe beim Bürgerentscheid mit Ja zu stimmen!

- **Nehmen Sie Ihre Sache selbst in die Hand, nutzen** Sie den Bürgerentscheid zu einem breiten Protest gegen die Privatisierungs- und ÖPP-Politik und damit gegen den Ausverkauf der Kommune.
- In Mülheim sind bereits die Bereiche Strom, Gas, Wasser, Wärme, Entsorgung und Abfall und Personennahverkehr teil- bzw. ganz privatisiert. **Die Bürger zahlen die Zeche über höhere Gebühren und Steuern und der Großkonzern RWE bzw. private Unternehmen kassieren die Gewinne.** Die Verschuldung der Stadt steigt ungebrochen weiter. Sie wird sich bis 2010 auf über 1 Milliarde €uro belaufen, dies wird wiederum auf die Bürger abgewälzt.
- **Die so genannte „Fortführung kommunaler Aufgaben in privatrechtlich organisierten Gesellschaften“ ist im Wesen nichts anderes als Privatisierung.** Beim PPP-Modell (public-private-partnership) oder ÖPP-Modell (Öffentlich-Private-Partnerschaft) soll privates Kapital für die Erledigung kommunaler Aufgaben gewonnen werden. Dies nutzt dem Bürger nichts, denn das Kapital geht nur dahin, wo auch große Gewinne zu machen sind.
- **Für die Beschäftigten in den privatisierten oder den ÖPP-Betrieben bedeutet dies** Aushebelung bestehender Tarifverträge, schrittweise Senkung des Lohnniveaus, **Abbau von Arbeitsplätzen**, Verlängerung der Arbeitszeit und eine Arbeitsverdichtung, also mehr Druck auf die Beschäftigten.
- **Mit Zukunftssicherung hat die ÖPP-Politik nichts zu tun.** Der Vorteil, dass die Stadt trotz Verschuldungskrise und Haushaltssperre die notwendige umfassende Sanierung der Schulen in Höhe von 250 Millionen €uro auf den Weg bringen kam, ohne dass die formelle Neuverschuldung steigt, ist **nur scheinbar**. Auch der „Investor“ finanziert die Schulsanierung über Kredite der Banken. Diese Kredite und Zinsen werden auf die Miete bzw. das Nutzungsentgelt umgelegt, ebenso der Gewinn, den der Investor natürlich machen will. Mit den langfristigen hohen Mietzahlungen wird **der Handlungsspielraum der Kommune eingeengt, statt erweitert**.
- Es ist eine der **Lebenslügen von PPP**, dass sie kostengünstiger sei als die Eigenrealisierung. Tatsächlich sind die Investitionskosten bei PPP-Projekten wesentlich höher. Erstens müssen Privatunternehmer in der Regel Kredite mit höheren Zinssätzen aufnehmen als Kommunen, zweitens müssen sie die Mehrwertsteuer von 19% auf alle Projekte zahlen, drittens will das Privatunternehmen einen Gewinn sehen, der in dieser Form bei der Finanzierung in Eigenregie durch die Stadt entfällt.
- **Die ÖPP- oder PPP-Politik der Stadtspitze zum Abbau des Sanierungsstaus an städtischen Gebäuden ist in Wirklichkeit eine Finanzfalle, die langfristig die Haushaltskrise der Kommune erheblich verschärft.**
- Viele Dinge, die die Stadt bisher in eigener Regie gemacht hat, werden mit ÖPP auf den privaten Großinvestor übertragen werden: Planung, Sanierung und Neubau, Bauunterhaltung, Wartung, Instandhaltung, Bewirtschaftung, Hausmeisterservice, Reinigungsservice, Verwaltung, Wach- und Schließdienst, Catering, Pflege der Außenanlagen! Also umfassende Dienstleistungen macht der Investor, bzw. er holt sich wieder Subunternehmer und diktiert denen die Bedingungen. Die weitreichenden **Folgen sind Abbau von Arbeitsplätzen, z.B. weniger Hausmeister, weitere Rationalisierung des Reinigungsdienstes, Senkung des Lohnniveaus etc.**
- **Ein erfolgreicher Bürgerentscheid am 9. September wäre ein wichtiges Zeichen der Mülheimerinnen und Mülheimer gegen die Ausverkaufspolitik städtischen Eigentums. Da die Bindewirkung des Bürgerentscheides nur zwei Jahre ist und vielfach auch juristisch umgangen wird, kommt es auf lange Sicht darauf an, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger selbst weiter aktiv werden und die Kommunalpolitik in die eigene Hand nehmen.**

Ratsfraktion

Auerstraße 13
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 45 93 520
Telefax: 0208 / 45 93 523
E-Mail: info@spd-fraktion-muelheim.de



Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Durchführung des Bürgerentscheides „Mülheim bleibt unser!“ am 9. September 2007

- Das Ziel, soziale Gerechtigkeit herzustellen, schließt es aus, die Daseinsvorsorge, also die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit, allein dem freien Spiel des Marktes zu überlassen. Dafür stehen die Mülheimer SPD und die SPD-Fraktion. Diese Haltung ist dokumentiert in unserem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm, dem Mülheim-Plan 99-04 und spiegelt sich in mehreren Parteitagsbeschlüssen der Mülheimer SPD wider.
- Mit uns wird es daher keinen Verkauf von Altenheimen, Schulen und Kindergärten geben!
- Wir müssen uns jedoch der Tatsache stellen, dass in Mülheim ein Sanierungsstau an städtischen Gebäuden von rd. 250 Mio. € besteht. Dieser Sanierungsstau kann vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage sowie der Vorgaben der Bezirksregierung, die eine Aufnahme weiterer Kredite zur Finanzierung von Investitionen praktisch untersagt, aus eigenen Mitteln nicht beseitigt werden.
- Es ist daher erforderlich, für Vorhaben der Zukunftssicherung private Partner zu gewinnen. Dafür bietet sich das inzwischen weit verbreitete und bewährte Finanzierungsmodell der „Öffentlich Privaten Partnerschaft“ (ÖPP, engl.: Public Private Partnership – PPP) an. Die Ausgestaltung dieser Partnerschaft muss dabei nach Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Sozialverträglichkeit, der Gemeinwohlverpflichtung und der Akzeptanz in der Bevölkerung entschieden werden.
- Damit diese Grundsätze eingehalten werden, hat der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen ein strenges Regelwerk erlassen. Eine wesentliche Bedingung lautet: Nur Aufgaben, die der private Anbieter nachweislich wirtschaftlicher durchführen kann, können an ihn übertragen werden.
- Bei den geplanten ÖPP-Modellen werden die städtischen Gebäude nicht verkauft. Die Stadt behält also die Kontrolle über die Liegenschaft und über Leistungen, die der Partner zu erbringen hat.
- Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Mülheim streben wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Beteiligung stadtnaher Gesellschaften an zukünftigen ÖPP-Projekten an.

Die Befürworter des Bürgerentscheides haben bis heute keine Alternativen für die Sanierung städtischer Gebäude vorgelegt. Das bedeutet, dass die Gegner der ÖPP-Modelle die Sanierung von Schulen und Sportstätten auf die lange Bank schieben wollen. Die SPD-Fraktion bittet alle Bürgerinnen und Bürger, die für die Schaffung ausreichender Handlungsspielräume zur Sicherung der Zukunft unserer Kinder sind:

Stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit NEIN!

Juli 2007

**Stellungnahme der CDU-Fraktion
zum Bürgerentscheid am 09. September 2007:**

Die CDU-Ratsfraktion ruft unter dem Motto „**Ja zu Mülheim – Nein zum Bürgerentscheid**“ alle verantwortungsbewussten Mülheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu auf, sich beim Bürgerentscheid am 09. September d. J. zu beteiligen und mit „Nein“ zu stimmen.

Bereits beim letzten Bürgerentscheid vom 27. Februar 2005 ist völlig zu Unrecht behauptet worden, dass „massive Privatisierungen noch öffentlichen Eigentums“ geplant seien. Es sind zum Teil „üble Schreckensszenarien“ gezeichnet worden, mit denen Bürgerinnen und Bürger (z. B. beim Thema „Modernisierung städtischer Altenheime“) verunsichert wurden.

Überflüssigerweise versuchen Teile der Ratsopposition in einem erneuten Bürgerentscheid, Stimmung gegen die Privatisierung städtischen Eigentums im Bereich der Daseinsvorsorge zu machen, obwohl von der Ratsmehrheit in absehbarer Zeit keine einzige Privatisierung einer der städtischen Gesellschaften geplant war und ist.

Mit einem „Nein“ zum Bürgerentscheid erteilen Sie dem Versuch, mit einer virtuellen Anti-Privatisierungskampagne in Mülheim einen Popanz aufzubauen, eine klare Absage.

Grundsätzlich muss die städtische Handlungsfähigkeit bei der Sanierung und Modernisierung städtischer Einrichtungen und Gebäude (z. B. Schulen und Sportstätten) auch mittels Einbeziehung privater Projektpartner – in Form von Public-Private-Partnership (PPP bzw. ÖPP) – gewahrt bleiben. Die Alternative, Investitionen **ausschließlich** über den „chronisch Not leidenden“ städtischen Haushalt, also ohne finanzielle Beteiligung privater Partner, ist letztlich eine „Scheinalternative“. Der städtischen Investitionshaushalt ist aufgrund der bekannten schlechten Finanzlage der Kommunen und auch der Stadt Mülheim nur begrenzt in der Lage, jährlich die notwendigen Projekte zur Sanierung und Modernisierung z. B. von Schulgebäuden und Sportstätten zu „schultern“.

Mit einem „Nein“ zum Bürgerentscheid sorgen Sie dafür, dass der städtische Handlungsrahmen beim Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus z. B. bei Schulen und Sportstätten nicht geringer wird.

Im Einzelfall entscheidet der Rat, nach europaweiten Ausschreibungen und harten Verhandlungen mit potentiellen privaten Projektpartnern darüber, ob und wie das einzelne geplante PPP- bzw. ÖPP-Projekt, das sich auch für die Stadt Mülheim an der Ruhr „rechnen“ muss, durchgeführt wird. Negative Pauschalurteile über PPP- bzw. ÖPP-Projekte, möglicherweise durch vermutete Negativbeispiele aus anderen deutschen Städten, können keine Grundlage für eine Entscheidung im Einzelfall für Sanierungs- und Modernisierungsprojekte in Mülheim an der Ruhr sein.

Mit einem „Nein“ zum Bürgerentscheid schaffen Sie die Möglichkeit, dass weiter einzelne Projekte für Schulen und Sportstätten mit privaten Partnern verwirklicht werden können.

Ruhrbania/Ruhrpromenade steht entgegen anders lautender Behauptungen beim Bürgerentscheid am 09. September nicht zur Abstimmung.

*Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen zum Bürgerentscheid „Mülheim bleibt unser“
am 9.9.2007*

Liebe Mülheimerinnen und Mülheimer,

Sie alle hören und lesen seit vielen Jahren, dass unsere Stadt hoch verschuldet ist und kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten hat. Aus diesem Grunde wurden in der Vergangenheit Geschäftsanteile und Beteiligungen verkauft – leider nicht mit dem Ergebnis, dass Mülheim heute schuldenfrei ist.

Sie haben in der Vergangenheit erlebt, dass Private nicht immer alle Leistungen preiswerter oder besser erbringen als die Stadt selbst. Die Teilprivatisierung der M.E.G. – der Müllentsorgung unserer Stadt - hat genau das gezeigt. Und auch, dass die kleinsten Fehler in den notwendigen hochkomplizierten Verträgen fatale wirtschaftliche Folgen haben können.

Sie haben sicherlich auch die Diskussion um die städtischen Altenheime mitverfolgt, die ganz zu Beginn der Auseinandersetzung viele Politiker der Stadt an private Investoren verkaufen wollten. Glücklicherweise konnten wir das verhindern und mit dazu beitragen, dass das sozialere Modell Mönchengladbach verwirklicht wurde.

An diesen Beispielen können Sie unseren Standpunkt ablesen.

Wir bleiben dabei:

Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht stattfinden!
Wir waren und sind für soziale Gerechtigkeit und menschliche Arbeitsbedingungen – dies aber ist in der Regel in öffentlicher Hand eher als bei Privaten gewährleistet!

Nun fragen Sie sich, warum Bündnis 90/Die Grünen dennoch dazu raten, beim aktuellen Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen. Das werden wir im Folgenden erläutern:

Dieses Bürgerbegehren und der jetzt anstehende Entscheid gehen uns zu weit. Die verbliebenen wenigen Handlungsspielräume für unsere Stadt nötigen uns, zumindest zu prüfen, ob private Investoren im Rahmen einer Partnerschaft mit der öffentlichen Hand wirtschaftlicher arbeiten, als es die Stadt alleine könnte.

Natürlich werden unsere Schulen nicht privatisiert! Wenn es aber für Mülheim wirtschaftlich sinnvoll ist, warum soll ein Privater nicht investieren und das sanieren, was die Stadt in den letzten 20 Jahren vernachlässigte?

Dabei achten wir selbstverständlich darauf, dass das eben nicht in die Daseinsvorsorge greift, möglichst den städtischen Haushalt schont und die Stadt weiter das Sagen hat.

Genauso wie Sie möchten wir, dass z. B. unsere Kinder in Schulen unterrichtet werden, die diese Bezeichnung auch verdienen. Der Lehrstoff wird vom Land vorgegeben, die Gebäude aber liegen in unserer Hand – und für die haben wir zu sorgen! Sollen Schüler und Schülerinnen, Lehrerinnen und Lehrer darunter leiden, dass „Ideologie pur“ vor zwingende Notwendigkeiten gestellt wird?

Deshalb raten wir Ihnen, beim Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen.



**Ratsfraktion
Mülheim an der Ruhr**

Geschäftsstelle:
Friedrichstraße 7
45468 Mülheim
Ruf: 0208/3899884
Fax: 0208/3899885
fdp-fraktion@stadt-mh.de
www.fdp-fraktion-muelheim.de

Seite 1 von 1

24. Juli 2007

An die
Bürgerinnen und Bürger
der Stadt Mülheim an der Ruhr

Im Interesse unserer Kinder ein klares NEIN zum Bürgerentscheid!

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Die Mülheimer FDP sagt NEIN zum Bürgerentscheid „Mülheim bleibt unser!“. Wir Liberalen setzen uns lieber aktiv für die Zukunft unserer Stadt ein und arbeiten an Lösungen, wie wir Ihnen, Ihren Kindern und Enkelkindern trotz einer desaströsen städtischen Haushaltslage eine Stadt erhalten können, in der Sie gerne leben!

Für uns ist selbstverständlich, dass die Stadt im Bereich der Daseinsvorsorge, also beispielsweise bei der Elektrizitätsversorgung, der Müllabfuhr, der Abwasserbeseitigung, bei Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und Friedhöfen, die Rahmenbedingungen im Interesse der Bürger setzen muss. Dies bedeutet für Liberale aber nicht, dass die Stadt alle Aufgaben selbst erledigen und alle Leistungen selbst erbringen muss. Es muss aus unserer Sicht gewährleistet werden, dass alle notwendigen Bereiche der Daseinsvorsorge zu guten Bedingungen für alle erfüllt werden. Wenn ein privater Unternehmer in der Lage ist, Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge besser und günstiger zu liefern, ist das auch ein Gewinn für die Bürger dieser Stadt! Im Einzelfall muss dies sorgfältig geprüft und abgewogen werden, aber ein grundsätzliches Verbot ist unserer Meinung nach unvernünftig und falsch. Mülheim muss offen bleiben für gute und bessere Lösungen.

Durch die Beteiligung Privater konnte die Stadt Köln zahlreiche Kindergärten sanieren und zeitgerecht umgestalten. Eine kombinierte Kinder- und Jugendeinrichtung in Münster-Roxel wäre ohne das Engagement eines privaten Partners niemals errichtet worden! Wenn wir auch in Mülheim an der Ruhr vor dem Hintergrund unserer katastrophalen Finanzsituation handlungsfähig bleiben möchten, müssen wir auf private Unterstützung setzen. Alleine wird es die Stadt in den nächsten Jahrzehnten nicht schaffen, Schulen, Kindergärten und Sportplätze zu sanieren! Die FDP möchte keinen Stillstand für Mülheim. Sie auch nicht?

Dann stimmen Sie am 9. September 2007 bitte mit NEIN!

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Mangen, Fraktionsvorsitzende

Mülheim an der Ruhr, im Juli 2007

Liebe Mülheimer und Mülheimerinnen,

am 9. September 2007 sind Sie erneut aufgefordert, an einem Bürgerentscheid teilzunehmen. Mit dem Bürgerentscheid können Sie auf die Kommunalpolitik direkt Einfluss nehmen. Sie entscheiden an Stelle des Rates darüber, ob die Stadt in den nächsten zwei Jahren zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge auch private Partner hinzuziehen darf. Das betrifft z. B. die Sanierung von Schulen oder Sportplätzen.

Mit einem „Ja“ zwingen Sie die Stadt, den Erhalt von öffentlichen Einrichtungen ausschließlich aus eigener Kraft zu stemmen. Vor allem die dringend notwendige Sanierung von Schulen und Turnhallen wird so erheblich verzögert.

Mit einem „Nein“ ermöglichen Sie der Stadt, private Partner einzubeziehen und den Sanierungsstau schneller abzubauen.

Warum ist das so wichtig?

Auch in Mülheim an der Ruhr ist der Schuldenberg in den vergangenen Jahren gewachsen. Dazu haben vor allem verringerte Einnahmen, ein rapider Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich sowie die Kosten der Wiedervereinigung geführt. Die Folge ist, dass wir nur in sehr begrenztem Umfang kommunale Kredite für Investitionen aufnehmen dürfen. Und das, obwohl ein Gesamt-sanierungsbedarf von 230 Mio. EUR besteht, davon allein rund 170 Mio. EUR für Schulen und Turnhallen. Diesen können wir offensichtlich aus eigener Kraft nicht beheben. Als Stadt haben wir aber die Pflicht, Schulgebäude zu errichten und instand zu halten. Das ist unser Beitrag zur Bildung der Mülheimer Kinder.

Bildung ist – davon bin ich fest überzeugt – die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Sie ist die Basis für eine gute Zukunft in Frieden und Gemeinschaft. Alle Kinder in Mülheim sollen in einem gesunden und wissensfördernden Umfeld mit Spaß und Lust lernen und leben können. Um das zu gewährleisten, müssen wir Lösungen finden.

Wenn wir das alleine nicht schaffen können, brauchen wir Partner. Private Partner, weil auch die anderen öffentlichen Kassen leer sind. Das Prinzip heißt heute Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP). Der private Partner baut bzw. saniert, finanziert, betreibt ein Gebäude und erhält hierfür regelmäßige Zahlungen der Stadt.

Die Befürworter des Entscheids behaupten, dass es sich bei ÖPP um die Privatisierung der Daseinsvorsorge, bzw. des öffentlichen Eigentums, oder auch „unseres Tafelsilbers“ handelt. Das stimmt nicht! Die Stadt behält bei den geplanten Projekten ihr Eigentum, z.B. die Schulen. Der private Partner verpflichtet sich lediglich, das Gebäude zu sanieren und über 20 bis 30 Jahre zu betreiben. D.h., er kümmert sich um Heizung, Leitungen, Fenster, Anstrich etc., so dass künftig kein Stau bei der Instandhaltung entsteht.

Die Befürworter des Entscheids behaupten weiter, dass ÖPP die Stadt mehr kostet als es selber zu machen. Das stimmt auch nicht! Laut Gesetz darf die Stadt dies nur unter der Bedingung, dass diese Partnerschaft wirtschaftlicher ist als eine alleinige Umsetzung durch die Stadt. Um den richtigen Partner zu finden, gibt es ebenfalls strenge gesetzliche Vorschriften. Neben Transparenz und Gleichbehandlung muss auch der Wettbewerb gewährleistet sein. Dadurch ist sichergestellt, dass die Stadt das wirtschaftlichste Angebot und den qualitativ besten Partner erhält. Ein Vertrag regelt dann die Rechte und Pflichten beider Seiten.

Es ist wichtig für die Zukunft unserer Stadt, solche Öffentlich-Privaten Partnerschaften eingehen zu können. Deshalb bitte ich Sie um Ihr **„NEIN“** beim Bürgerentscheid.

Ihre
Dagmar Mühlendorf
Oberbürgermeisterin